



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Verbot von Entlassungen – Aufteilung der Arbeit unter allen Arbeitenden!

Während die Medien über die Aussichten der Ampel und der Kanzlerkandidaten Scholz und Merz spekulieren, entscheiden über unsere Zukunft gerade die Vorstände großer Konzerne.

Nach Thyssenkrupp hat mit VW schon der zweite Großkonzern innerhalb weniger Wochen die Schließung von Werken und die Entlassung vieler tausender Arbeitender angekündigt, mit den Leiharbeitern, Subfirmen und Zulieferern sogar zehntausender Arbeitender.

Die VW-Bosse erklären: Wir verkaufen weniger Autos. Deshalb „müssen“ wir entlassen. Wieso? Der VW-Konzern hat Rücklagen in Höhe von 153 Milliarden Euro. Und obwohl VW in den letzten drei Jahren weniger Autos verkauft hat, hat der Konzern seinen Aktionären... 80% MEHR Gewinnbeteiligung ausgeschüttet. Allein der Familie Porsche-Piëch hat er 1 Milliarde Euro Gewinnbeteiligung auf ihr Privatkonto überwiesen. An Geld mangelt es dem Konzern wahrlich nicht. Und trotzdem wollen sie uns weismachen, dass einzig radikale Sparpläne bei den Arbeitenden und weitere Gelder vom Staat die Zukunft des Konzerns retten könnten?

In immer mehr Betrieben erleben wir ähnliche massive Angriffe: in der Chemie, der Stahlindustrie, bei den Autozulieferern... Immer wichtiger wird daher die Frage: Wie können wir uns wehren?

Unternehmer, Medien, Politiker wollen uns einreden, Ursache dieser Krise wäre eine „falsche Wirtschaftspolitik“. Die Unternehmen würden in Deutschland zu hohe Energiepreise und Steuern bezahlen und zu viele Auflagen haben. Deswegen würden sie in Deutschland Betriebe schließen und gegen ihre Konkurrenten in anderen Ländern verlieren.

Doch das ist eine Lüge. In Belgien und Frankreich z.B. gibt es Atomkraftwerke. Trotzdem werden dort gerade Auto- und Chemiewerke geschlossen. In China gibt es keine CO₂-Steuer und sehr viel niedrigere Löhne. Und trotzdem werden dort Stahlwerke geschlossen. Keine dieser Maßnahmen würde also unsere Arbeitsplätze retten.

Tatsächlich ist die aktuelle Wirtschaftskrise kein deutsches, sondern ein weltweites Phänomen. Seit der Pandemie, dem Ukraine-Krieg und den stark gestiegenen Preisen sind die Menschen weltweit ärmer geworden – und kaufen entsprechend weniger. Hinzu kommen örtliche Krisen, in China zum Beispiel eine massive Immobilienkrise, durch die die Bau-Industrie eingebrochen ist und viele Menschen ärmer geworden sind.

Weltweit sind die Absatzmärkte daher in den letzten drei Jahren geschrumpft. Die deutsche Industrie spürt dies als Export-Industrie besonders stark. Doch betroffen sind alle Konzerne. Deshalb produzieren sie weniger. Und deshalb versuchen sie immer aggressiver, sich die verbleibenden Absatzmärkte gegenseitig wegzuschnappen, mit Preis-Dumping, Subventionen, Zöllen... wobei die USA als größte Weltmacht Vorteile gegenüber ihren Konkurrenten hat.

In einem Punkt jedoch sind sich all diese konkurrierenden Bosse einig: Sie wollen auf keinen Fall, dass ihre gigantischen Profite darunter leiden. Und deshalb lassen sie weltweit die Arbeitenden und die Allgemeinheit für die Absatzflaute und den verschärften Konkurrenzkampf bezahlen.

Ob in China, den USA, Japan oder Europa: Überall entlassen die Konzerne, schließen Werke und pressen die Übriggebliebenen noch mehr aus. Und überall lassen sich die Konzernbosse immer gigantischere Summen von den Regierungen schenken, die diese... bei der Bevölkerung einsparen. Wir erleben es gerade wieder. Kaum haben Thyssen und VW ihre Sparpläne angekündigt, verspricht die Regierung ihnen weitere Hilfen. Dabei haben sie in den letzten Jahren schon Milliarden bekommen!

Kein Wunder, dass Brücken einstürzen, Krankenhäuser schließen und bei der Bahn 30.000 Jobs vernichtet werden: Wenn den Konzernbossen das ganze Geld in den Rachen geworfen wird, bleibt für die Bevölkerung nichts über. Und auch das ist in den USA oder China nicht anders. In China zum Beispiel

erhöht die Regierung gerade das Rentenalter um drei Jahre.

Die Arbeitenden aller konkurrierenden Unternehmen und Länder stehen auf der gleichen Seite! Überall erleben sie die gleichen Angriffe, haben die gleichen Gegner. Die Frage, die über unsere Zukunft entscheidet, ist also nicht deutscher oder chinesischer Stahl, und auch nicht E-Autos oder Verbrenner.

Die Frage ist: Wer wird für die weltweite Krise ihrer Wirtschaft zahlen: Wir Arbeiter – oder die Kapitalisten?

Die Kapitalisten haben ihr Kampfprogramm. Wir brauchen unser Kampfprogramm, das uns Arbeitende vereint! Nur so können wir uns verteidigen.

Die Kapitalisten sagen: Es gibt weniger Produktion, also müssen wir Stellen abbauen und Betriebe schließen. Antworten wir ihnen: Es wird weniger produziert? Dann muss die vorhandene Arbeit unter Allen aufgeteilt werden! Das wäre mal eine sinnvolle Abwechslung nach all den Jahren, in denen sie jedem von uns immer und immer mehr Arbeit aufgedrückt haben.

Die Kapitalisten sagen, sie hätten kein Geld? Dann zwingen wir sie, die Konten der Konzerne und Aktionäre offenzulegen. Dort nämlich finden wir das Geld zum Erhalt unserer Arbeitsplätze und Löhne – und ebenso das Geld, das die Regierungen ihnen immerfort schenken und das so dringend für Kitas, Krankenhäuser und die Bahn gebraucht wird.

Und wenn die Kapitalisten sich weigern? Dann müssen wir diesen Erpressern, die für ihre Profite unsere Existenzen zerstören, die Unternehmen eben wegnehmen und sie vergesellschaften.

In den Händen der arbeitenden Bevölkerung sind die Konzerne und Banken ohnehin viel besser aufgehoben! Dann nämlich könnte man geplant und aufeinander abgestimmt produzieren, und damit auch den gefährlichen Konkurrenzkampf beenden, der immer aggressiver wird und zunehmend droht, sich von einem Wirtschaftskrieg in Krieg zwischen den Großmächten zu verwandeln.

Tesla: Die Antwort ist vor ihrer Nase

Die Chefs des Tesla-Werks in Brandenburg haben dutzende kranke Arbeiter unangekündigt zuhause „besucht“ – um zu erfahren, ob und warum sie wirklich krank sind.

Ein Reihe Arbeiter haben ihnen die passende Antwort gegeben: Sie haben ihre Chefs draußen stehen lassen, haben ihnen die Tür vor Nase zugeknallt oder sogar gedroht, die Polizei zu rufen.

Die Manager wollen wissen, warum so viele krank sind – und was man dagegen tun kann?

Die Antwort finden sie nicht bei den Kranken zuhause, sondern in ihrem Werk: bei der unmenschlichen Arbeitshetze, den vielen Arbeitsunfällen und dem Druck der Chefs.



Nach den Landtagswahlen in Ostdeutschland:

Was tun gegen die rechtsextreme Gefahr – und ihre Ursachen?

Nach Sachsen und Thüringen hat die AfD nun auch bei den Landtagswahlen in Brandenburg sehr stark dazugewonnen und rund 30% der Stimmen erhalten. In Thüringen landete sie mit 10% Vorsprung sogar auf Platz 1. Und das mit Björn Höcke als Spitzenkandidaten, der für seine Bewunderung der Nazi-Zeit bekannt ist – und offen Kontakt zu Neonazis pflegt, die Andersdenkende, Gewerkschafter und Migranten mit Gewalt terrorisieren.

Diese Entwicklung ist eine Bedrohung für uns alle! Und sie verschlimmert und vergiftet schon jetzt den Alltag vieler Menschen insbesondere in Ostdeutschland.

Dass fast alle Parteien versucht haben, die AfD im Wahlkampf beim Thema Migration zu kopieren, hat ihr letztlich noch mehr Glaubwürdigkeit verschafft. Vor allem jedoch hat die jahrzehntelange arbeiterfeindliche Politik der Konzerne und der Regierungen die AfD so stark gemacht.

Seit Jahren versprechen alle Parteien: „Wählt uns, dann wird es für euch besser“. Doch egal wer von ihnen an die Regierung gekommen ist, sie alle haben das Leben der einfachen Bevölkerung immer weiter verschlechtert.

Und das werden sie auch weiter tun, selbst wenn sie dabei untergehen – man denke nur an die derzeitige Krise bei den Grünen und der FDP. Denn für sie alle stehen die Interessen der reichen Kapitalisten, der Konzern- und Bankchefs an erster Stelle. Und um diesen auch in der Krise weitere Milliarden-gewinne zu sichern, verschlimmern sie zwangsläufig die Armut, den Verfall öffentlicher Dienste, die soziale Unsicherheit und überhaupt das Leben der einfachen Bevölkerung.

Dasselbe gilt für die Außenpolitik. Im Interesse des deutschen Kapitals fördert die deutsche Regierung aktiv Kriege und Terror in der Welt, insbesondere mit Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel. Sie führen nicht nur zu den nächsten Flüchtlingswellen. Sie kommen auch auf andere Weise zu uns zurück, wie die jüngsten Terroranschläge auf traurige Weise zeigen.

Um von den wahren Ursachen und Folgen ihrer Politik abzulenken, hetzen sie daher selber immer mehr gegen Migranten, insbesondere gegen Flüchtlinge, und machen sie für Alles verantwortlich. Der Wettstreit zwischen Merz und Scholz um Zurückweisungen an den Grenzen ist das jüngste Beispiel. Beide wissen genau, dass die Grenzkontrollen kein einziges Problem lösen und nicht einmal die Migration begrenzen. Sie erschweren nur noch mehr das Leben von Migranten, LKW-Fahrern und allen, die im Nachbarland arbeiten. Aber Hauptsache, man kann mit einer weiteren Schikane gegen Migranten Schlagzeilen machen.

Genau die Parteien, die behaupten, man müsse sie wählen, um die AfD zu verhindern, übernehmen selber immer mehr von deren Politik. Und wenn es so weitergeht, ist auch eine AfD-Regierung nur noch eine Frage der Zeit.

Nicht zufällig kann sich die AfD gut vorstellen, zusammen mit der CDU zu regieren. Denn auch für sie stehen die Interessen der deutschen Kapitalisten an erster Stelle. Nur kommt die AfD bislang noch mit der Lüge durch, dass sie auf Seiten der kleinen Leute stehen würde – weil sie bislang noch nie an der Regierung war.

Die einzige andere größere Partei bei

diesen Wahlen, die noch nicht an der Regierung gewesen ist, war das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Es hat bei Vielen Hoffnungen auf Veränderungen geweckt, auf eine Politik des Friedens, auf soziale Verbesserungen. Jetzt, nach den Wahlen, hat das BSW allerdings nichts Eiligeres zu tun, als sich für die nächstbeste Regierung mit CDU und SPD anzubieten.

Sollten diese Koalitionen zustande kommen, würde das BSW also genau den Parteien wieder zur Macht verhelfen, die einen sozialen Angriff auf die Arbeiterklasse nach dem anderen verüben. Es würde einer SPD zur Macht verhelfen, die gerade die Stationierung von Langstrecken-Raketen beschlossen hat. Das BSW, das angeblich den Aufstieg der AfD stoppen wollte, würde gemeinsam regieren mit den rechtsten CDU-Landesverbänden, in denen nicht wenige Politiker am liebsten mit der AfD regieren würden und es in den Kommunen längst schon tun.

Mit einer solchen Regierung würde die Enttäuschung in das BSW nur umso schneller kommen – was die AfD nur stärken kann. Dasselbe ist bei den Regierungsbeteiligungen der Linken passiert.

Das BSW ist ein erneuter Beweis dafür, dass die Arbeitenden sich nicht auf die Wahlen verlassen dürfen. Um ihre materiellen Interessen zu verteidigen – ebenso wie im Kampf gegen die rechtsextreme Gefahr – müssen sie sich zusammentun, um sich gegen die wahren Verursacher der heutigen Verschlechterungen zu wehren, gegen die Kapitalisten und ihre Regierung... und um ihnen letztlich die Macht aus den Händen zu nehmen.

Erst Gaza, nun Libanon: Das Morden mit westlichen Waffen geht weiter

Der israelische Staat hat seit dem 23. September nun auch eine Großoffensive gegen weite Teile des Libanon begonnen, mit Kampfflugzeugen, Artillerie und Panzern. Ihre Bombenangriffe haben bereits hunderte Menschen getötet, darunter viele Kinder. Tausende sind verletzt, Zehntausende fliehen verzweifelt aus den bombardierten Regionen – zusätzlich zu den Hunderttausend, die bereits nach dem 7. Oktober 2023 aus der Grenzregion zu Israel in den Norden des Libanons geflohen sind.

Seit dem Beginn des Krieges in Gaza lieferten sich die israelische Armee und die Hisbollah hier kleinere Auseinandersetzungen. Die Hisbollah schoss Raketen über die Grenze, die israelische Armee warf Bomben auf südliche Dörfer ab; auf beiden Seiten der Grenze mussten die Menschen ihr Zuhause verlassen.

Die Hisbollah wollte auf diese Weise symbolisch zeigen, dass sie angesichts des Massakers der israelischen Armee in Gaza nicht untätig blieb. Doch sie hat alles getan, um eine Eskalation zu vermeiden, bei der sie nur verlieren kann. Es ist die israelische Regierung, die entschieden hat, einen regelrechten Krieg zu beginnen. Und die Explosion

der Pager und Funkgeräte zeigt, dass sie dies bereits seit Monaten geplant hat – ebenso wie die Tatsache, dass sie bereits seit Juni in großem Stil Truppen aus Gaza an die libanesischen Grenze verlegt.

Premierminister Netanjahu will mit diesem Krieg vom Scheitern seiner Kriegsführung in Gaza ablenken, die bereits über 40.000 Palästinenser getötet und die Region in Schutt und Asche gelegt hat. Seine Regierung ist zunehmend unter Druck geraten, weil seine Politik des grenzenlosen Terrors und der Zerstörung weder die Hamas zerstört, noch das Leben der Geiseln geschützt hat. Hunderttausende Israelis fordern bereits seinen Rücktritt.

Seine einzige Chance besteht darin, dass der Krieg weiter geht und die Bevölkerung in Angst vor dem äußeren Feind wieder hinter ihm zusammenrückt. Dafür ist er bereit, die Bevölkerung des nächsten Landes in Krieg und Elend zu stürzen.

Netanjahu kann sich diese kriminelle Politik erlauben, weil er weiß, dass er letztlich auf die bedingungslose Unterstützung der westlichen Großmächte, insbesondere der USA zählen kann.

Diese sind zwar nicht begeistert von der Eskalation und mahnen zur Zurückhaltung. Doch das hindert sie nicht daran, Israel weiterhin – politisch, finanziell, militärisch – zu unterstützen. Denn Israel ist und bleibt ihr wichtigster Verbündeter in dieser so wichtigen Region. Daher stehen sie hinter dem israelischen Regime... um jeden Preis.

Netanjahu behauptet, nur durch einen Krieg gegen die Hisbollah könne die israelische Bevölkerung in der Grenzregion zum Libanon wieder in Sicherheit und Frieden leben. Doch das Gegenteil ist der Fall! Wenn die israelische Armee noch mehr Dörfer in Ruinen und Friedhöfe verwandelt, kann dies nur noch mehr verzweifelten Hass auf Israel schüren und dafür sorgen, dass die israelische Bevölkerung weiter in einem ständigen Kriegszustand leben muss.

Für die israelische Bevölkerung wird diese Serie immer mörderischerer Kriege nur dann ein Ende haben können, wenn sie mit der Politik bricht, die alle israelischen Regierungen seit 1948 führen und die darin besteht, das Recht der Palästinenser auf eine eigene nationale Existenz zu leugnen, ihnen ihre Ländereien zu rauben und zu versuchen, sie mit Gewalt zu unterwerfen.

Boeing: 33.000 Arbeitende im Streik

Seit dem 13. September streiken 33.000 Arbeiter von Boeing in den USA für mehr Lohn.

Kurz zuvor hatten sich der Konzern und die Gewerkschaft darauf geeinigt, dass es für die nächsten vier Jahre 25% mehr Lohn geben sollte und hatten den Arbeitern gemeinsam empfohlen, dieses „historisch gute Ergebnis“ anzunehmen.

Doch diese haben es abgelehnt und hat stattdessen zu 96% dafür gestimmt, für 40% mehr Lohn zu streiken.

Nach 16 Jahren ohne Lohnerhöhung und den massiven Preissteigerungen der letzten Jahre wollen sie nämlich endlich einen wirklichen Inflationsausgleich. Auch die Drohung der Geschäftsleitung, dass Boeing gerade in einer Krise stecke und höhere Löhne ihren Untergang bedeuten würde, hat sie nicht eingeschüchtert.



Nach einer Woche Streik hat Boeing ein neues Angebot vorgelegt: 30% mehr Lohn für vier Jahre – mit dem Hinweis, dies sei nun endgültig ihr letztes Angebot. Doch auch das haben die Arbeiter abgelehnt. Sie sind entschlossen weiterzustreiken. Während um sie herum der Wahlkampf zwischen Trump und Harris auf Hochtouren läuft, wählen sie den Streik, um bessere Bedingungen durchzusetzen.

Thyssenkrupp: Der Protest geht weiter

Seit Wochen protestieren Arbeiter von Thyssenkrupp gegen die drohenden Massenentlassungen. Überall, wo der Vorstand öffentlich auftritt, sind auch sie da und demonstrieren. In Duisburg haben sie eine tägliche Mahnwache am größten Werkstor organisiert, wo sich Kollegen zum Schichtwechsel treffen. Und schon mehrfach haben sie in Duisburg für mehrere Stunden die Arbeit niedergelegt: als „Betriebsratsinformation“, weil sie offiziell – da gerade keine Tarifverhandlungen sind – nicht streiken dürfen.

Die IG Metall richtet ihre Proteste bislang allerdings nur gegen den Vorstandsvorsitzenden Lopez. Und sie fordert noch mehr Geld von der Regierung – mit dem Argument, dass die Arbeitsplätze nur gesichert werden könnten, wenn der Staat für billigere Stahlproduktion Sorge. Gerade damit aber droht sie die Proteste in eine Sackgasse zu leiten. Denn erstens haben Subventionen vom Staat noch nie Arbeitsplätze gerettet. Und zweitens rettet auch mehr Stahlproduktion keine Arbeitsplätze.



1980 wurden in Deutschland über 43 Millionen Tonnen Stahl mit 300.000 Arbeitern hergestellt. 2017 wurden in Deutschland über 43 Millionen Tonnen Stahl mit 84.000 Arbeitern hergestellt. Es wurde also immer noch genauso viel Stahl in Deutschland hergestellt wie vor fast vierzig Jahren, aber nur noch mit weniger als einem Drittel an Arbeitenden! Kein Wunder: Sie haben jedem Arbeitenden immer mehr Arbeit aufgehalst und die Schichten ausgedünnt. Teilweise sind nicht mal mehr genug Kollegen da, um alle Anlagen zu fahren.

Selbst wenn künftig wirklich weniger Stahl produziert werden sollte, gibt es also keinen Grund, auch nur eine Stelle abzubauen, im Gegenteil!

9 Euro, 49-Euro, 58 Euro-Ticket...

Die Regierung wollte 400.000 bezahlbare Wohnungen schaffen – und es fehlen so viele wie nie. Sie wollte die Qualität der Kinderbetreuung verbessern – und es schließen so viele Kitas wie noch nie. Sie wollte doppelt so viele und pünktliche Züge im „Deutschlandtakt“ fahren lassen – und die Zugausfälle und -verspätungen sind so hoch wie noch nie. Für nichts ist angeblich Geld da.

Doch immerhin hat sie das relativ günstige 49-Euro-Ticket eingeführt, das tatsächlich erfolgreich ist und von 13 Millionen Menschen genutzt wird.

Das geht natürlich nicht! Die Regierung hat schließlich einen Ruf zu verlieren. Daher bemüht sie sich fleißig, diesem Erfolg durch massive Preiserhöhungen so schnell wie möglich ein Ende zu setzen.

Profit mit Flüchtlingsunterkünften

In einer Berliner Flüchtlingsunterkunft lag ein Geflüchteter wochenlang tot und vergessen in seinem Zimmer. Erst wegen des Geruchs öffnete man die Tür.

Eigentlich haben die Beschäftigten die Pflicht, regelmäßig Kontakt zu allen Bewohnern der Flüchtlingsunterkünfte zu halten. Schon deshalb, weil einige durch Krieg, Flucht und die ungewisse Zukunft traumatisiert und selbstmordgefährdet sind. Doch die private Firma Serco, die die Flüchtlingsunterkunft betreibt, hatte aus Kostengründen so wenig Leute eingestellt, dass eine Betreuung überhaupt nicht möglich ist.

Mit den Flüchtlingsunterkünften ist es wie mit den Altenheimen oder Reha-Kliniken: Sie werden zwar vom Staat bezahlt, aber oftmals von privaten Firmen betrieben, die damit Profit machen wollen. Daher zweigen sie von dem staatlichen Geld einen gehörigen Batzen ab und sparen dafür bei allem: bei der Zahl der Beschäftigten, ihren Löhnen und wichtigen Maßnahmen für die Bewohner.

Der britische Konzern Serco ist eines dieser Unternehmen, das darauf spezialisiert ist, Geld mit dem Betrieb von Flüchtlingsunterkünften und Gefängnissen zu machen. Allein in Deutschland betreibt er 130 Flüchtlingsunterkünfte. 55.000 Geflüchtete sind auf Gedeih und Verderb dieser Firma ausgesetzt. Leider wohl eher auf Verderb.

Krankenscheine: Verfolgungswahn

Auf Wunsch der Unternehmer fordert FDP-Finanzminister Lindner, den telefonischen Krankenschein für leichte Krankheiten (v.a. Erkältungen) wieder abzuschaffen. Alle anderen wollen ihn behalten: Patienten, Ärzte und sogar die Krankenkassen. Allein schon, weil sich so im Wartezimmer nicht alle gegenseitig anstecken. Doch (wie immer) sind die Unternehmer krankhaft überzeugt, dass die Arbeiter sie damit ständig betrügen und bestehlen würden.

FDP und Unternehmer sind genau diejenigen, die sonst immer lautstark „den Abbau der Bürokratie in der Wirtschaft“ fordern. Doch darunter verstehen sie weniger Arbeitsschutz- oder Umweltauflagen für die Unternehmer, um alle noch mehr ausbeuten zu können.

Für die Arbeitenden hingegen möchten sie möglichst viele bürokratische Hürden: um es ihnen so schwer wie möglich zu machen, ihre Interessen durchzusetzen.

Meyer-Werft: Risiko-Kapital

Die deutsche Regierung hat jetzt also für 400 Millionen 80% der Meyer-Werft übernommen. Ansonsten hätte die Werft keinen Kredit mehr bekommen, weil die Banken das Risiko nicht tragen wollten.

Nun tragen wir das Risiko... solange, bis die Werft wieder sicher Gewinne abwirft und die Schulden bezahlen kann. Dann soll sie wieder privatisiert werden.

Wie immer rechtfertigt sich die Regierung damit, dass nur so die Zukunft der Firma und der Arbeitsplätze gesichert werden könne. Doch der erste Schritt dieser „Zukunftssicherung“ besteht darin, 340 Arbeitende zu entlassen und damit ihre bisherige Zukunft zu zerstören.

Das einzige, was mit dem staatlichen Einstieg auf jeden Fall gesichert wird, ist das Vermögen und die Zukunft der bisherigen Werft-Besitzer.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org